

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
 Nr. 29 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 16. Juli 1932

### Die „Wohlfahrtsanstalt“ — für die unteren Volksschichten

Die derzeitige Reichsregierung hat es für zweckmäßig gehalten, in ihrer ersten öffentlichen Verlautbarung die bisherigen sozialen Maßnahmen des Staates als unzulänglich zu bezeichnen und den in diesem Sinne eingestellten Staat mit dem im herabgehenden Ton gehaltenen Ausdruck „Wohlfahrtsanstalt“ zu belegen. Weiten Kreisen des sogenannten Bürgertums, insbesondere aber der Großindustrie und der Landwirtschaft kam eine solche Etikettierung des sozialen Staates in ihrem Empfinden entgegen. Die Geistesrichtung der Großindustrie und der Großlandwirtschaft soll hier nicht eingehend besprochen werden, sie ist bekannt. Die kleine Landwirtschaft und das Bürgertum und mit ihr auch weite Kreise der Beamtenschaft haben wohl meistens mehr gedankenlos und in traumhafter Vorstellung von der vermeintlichen guten alten Zeit dieses Schlagwort nachgehört. Die notwendige Sicht zu den sozialen Aufgaben des Staates, der mehr als eine Ernährergemeinschaft für das Heer und ehemals bevorzugte Gesellschaftskreise sein soll, ist ihnen noch nicht aufgegangen. Zudem haben sie bei dem Begriff Sozialpolitik und soziale Ausgaben auch immer nur die eine Seite, nämlich den Ausgleich für die Lohnarbeitenden Volksschichten, gesehen. Die andere Seite, die in der Altersversorgung der Staatsdiener, im Handwerkerzuschuß, im Zollzuschuß für die Erzeugnisse von Landwirtschaft und Industrie, in der Subventionierung gewisser Wirtschaftskreise bestand, ist von ihnen als selbstverständliche Pflicht des Staates betrachtet worden, für den sie den Begriff „sozialer Ausgleich“ im Sinne einer Wohlfahrtsabgabe nicht gelten lassen wollten. Und doch übersehen alle, daß letzten Endes alle, bestimmten Schichten gemachten Zuwendungen des Staates, sich aus Beiträgen zusammensetzen, die vom Staate zunächst den Staatsbürgern in Form von Steuern, Abgaben und Zöllen entzogen wurden. Diese Werte aber mußten durch Arbeit geschaffen werden. Die geistigen und körperlichen Arbeiter sind also die eigentlichen Aufbringer derjenigen Mittel, die der Staat zum Ausgleich unter den Wirtschaftskreisen verwendet. Wer Steuern oder Abgaben aus anderen als aus Arbeitseinkommen zahlt, gibt also erst aus zweiter oder dritter Hand an den allgemeinen Ausgleichsfonds das, was der aktiv in der Volkswirtschaft Tätige direkt bezahlt.

Bei den „Wohlfahrtsausgaben“ der „Wohlfahrtsanstalt“ muß sodann ganz streng unterschieden werden zwischen solchen Ausgaben, für die von den befürsorgten Kreisen keine eigenen, ausgeprochen wirtschaftlichen Opfer geleistet werden und solchen, die ganz oder zum größten Teil aus eigenen Beiträgen aufgebracht werden. Zu dem ersten Kreis gehören die Pensionäre des Staates, die Kriegsoffer und ihre Hinterbliebenen, die durch die Inflation geschaffene Schicht der Kleinrentner, die durch irgendwelche Umstände zur Eigenversorgung unfähig gewordenen Kreise, die ehemals unter dem Begriff „der öffentlichen Armen-Unterstützungsempfänger“ ließen und die öffentlich befürsorgten geistig und körperlich Gebrechlichen. Diese öffentlich Befürsorgten wachsen aus allen Bevölkerungsschichten heraus, sie sind also kein besonderer Auswuchs der Lohnempfängerkreise, wenngleich feststeht, daß auf diese Kreise, auf Grund ihrer besonders ungeicherten Lebensverhältnisse, ein vielleicht prozentual größerer Anteil entfällt. Die andere Gruppe, die also ohne große Staatsaufwendungen durch versicherungsmäßige Einrichtungen für die Notfälle des Lebens selbst vorsorgt, besteht aus den Arbeitern und Angestellten der Privatwirtschaft. Diese bringen die Beiträge für Krankenfürsorge, Invaliden- und Angestelltenrenten und Arbeitslosigkeitsrisiko aus eigenen Beiträgen auf. Bei den von den Berufsgenossenschaften gezahlten Unfallrenten tragen die Arbeit-

geber nur formal den vollen Beitragsantrag; auch er muß letzten Endes aus den von den Arbeitern miterarbeiteten Wirtschaftserträgen geleistet werden. Zur Charakterisierung des Schlagwortes von den sozialen Lasten und der sehr leichtsinnig geprägten Bezeichnung „Wohlfahrtsanstalt“ ist es notwendig, sich diese Unterscheidungen immer wieder vor Augen zu halten. Im nachstehenden seien einige Zahlen über die Selbstvorsorge der Lohn- und Gehaltsempfänger gebracht, zu denen, um es nochmals zu betonen, aus allgemeinen Mitteln nur geringe oder gar keine Beiträge zugesprochen wurden, die aber trotzdem gern mit dem Ausdruck „Soziale Lasten“ belegt werden und über die weite, wirklich nicht mitzählende Kreise gern zu Gericht sitzen. Ergänzend muß noch betont werden, daß gewisse Staatsbeiträge zu diesen Einrichtungen nur gezahlt werden, weil durch hohe Zölle zugunsten der Landwirtschaft Verteuerungen in der Lebenshaltung der unteren Volksschichten entstanden sind. Für die Bezüher der geringfügigen Sozialunterstützung wirken sich diese Verteuerungen aber doppelt hart aus. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß die günstigen Vermögensverhältnisse der Invaliden- und Angestelltenversicherung durch die Inflation — die vom Kuznieker derselben, dem Reich zu vertreten ist — schwer gelitten haben. Vor Kriegsbeginn hatte die Invalidenversicherung 2105 Millionen und die Angestelltenversicherung 137 Millionen Vermögen, das in Pfandbriefen und Hypotheken angelegt war. Dazu kamen die Rücklagen der Berufsgenossenschaften mit rd. 598 Mill. und die der Krankenkassen mit rd. 430 Mill. Die gesetzliche Pflicht zur Anlegung der Vermögen in mündel-sicheren Papieren und die spätere neue Inanspruchnahme durch den Staat bei Geldklemmen — siehe Lex Hilferding — verpflichtete doch auch den öffentlich-rechtlichen Geldnehmer zu entsprechendem Ersatz. Wenn man die im ganzen bestimmt nicht geringen Beiträge für soziale Aufwendungen im Wert für den Einzelnen würdigen will, muß man sich über den Umfang des in Frage kommenden Personalkreises im klaren sein. Es waren

in der	1924-1931 im Durchschnitt versichert	Unter Einfluß der nicht selbstversichereten Familienangehörigen erhöhte sich dieser Personalkreis auf
Arbeitslosenversicherung	16 250 000	26 000 000
Krankenversicherung	21 000 000	33 600 000
Unfallversicherung	22 900 000	36 640 000
Invalidenversicherung	17 875 000	28 600 000
Angestelltenversicherung	3 200 000	5 120 000
Knappschaftl. Pensionsversicherung	765 000	1 224 000

Die Aufwendungen für diese Versicherungseinrichtungen betragen in den Jahren 1924—1931 folgende Summen:

in der	davon für		
	insgesamt	Leistungen in Millionen RM.	Verwaltungskosten
Arbeitslosenversicherung*)	6 399,5	5 897,4	**)
Krankenversicherung	13 492,7	12 385,9	996,2
Unfallversicherung	2 658,2	2 239,0	365,9
Invalidenversicherung	8 191,8	7 783,2	375,3
Angestelltenversicherung	1 123,9	1 032,4	82,1
Knappschaftl. Pensionsversicherung	1 545,4	1 470,6	66,2
Sozialvers. insgesamt:	33 416,5	30 808,5	**)

\*) ab 1927  
 \*\*) Verwaltungskosten lassen sich nicht ausgliedern.  
 Die Aufbringung der vorgenannten Leistungen und Verwaltungskosten ist aus der nachstehenden Uebersicht erkenntlich. Sie zeigt in aller Deutlichkeit,

daß der größte Teil aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteilen erfolgt ist, daß bei einigen Versicherungsarten überhaupt kein Staatszuschuß in Frage kommt. Der aus diesem Rahmen herausfallende höhere Betrag für die Arbeitslosenaufwendungen erklärt sich aus dem katastrophalen Niedergang unserer Wirtschaft, für den in erster Linie der Staat als Träger von Krieg und Inflation, dann wegen einer Reihe von heute als falsch erkannten Maßnahmen die Arbeitgeber und erst zuletzt — wenn überhaupt — die Arbeiterschaft an der Verantwortung beteiligt werden kann.

Die Einnahmen der Versicherungsträger betragen in den Jahren 1924—1931 (in Millionen RM.):

	Insgesamt	davon			Reichszuschuß	Zinsen u. sonstige Einnahmen
		Insgesamt	Arbeitgeberanteil	Arbeitnehmeranteil		
Arbeitslosenversicherung*)	6 041,2	4 818,5	2 409,25	2 409,25	1 244,4	178,3
Krankenversicherung	14 244,5	13 740,8	4 580,3	9 160,5	161,3	342,4
Unfallversicherung	2 847,1	2 661,6	2 661,6	—	—	185,5
Invalidenversicherung	9 377,6	6 419,5	3 209,75	3 209,75	2 229,3	728,8
Angestelltenversicherung	2 954,5	2 256,4	1 128,2	1 128,2	—	698,1
Knappschaftl. Pensionsversicherung	1 608,1	1 378,6	551,1	827,1	153,6	75,9
Sozialversicherung insgesamt	37 073,0	31 275,4	14 540,6	16 734,8	3 588,6	2 209,0

\*) ab 1927  
 Verdientlich wird die Tatsache, daß die Sozialversicherung sich überwiegend selbst erhält und daß die Reichszuschüsse — an den Gesamtzahlen gemessen — nur eine untergeordnete Bedeutung haben, durch die nachstehende prozentuale Umrechnung. Durch Beiträge waren gedeckt:

In der	Die Leistungen mit	Die Ausgaben insgesamt mit
Arbeitslosenversicherung	81,7 %	75,3 %
Krankenversicherung	110,9 „	101,8 „
Unfallversicherung	118,9 „	100,1 „
Invalidenversicherung	82,5 „	78,4 „
Angestelltenversicherung	218,6 „	199,9 „
Knappschaftl. Pensionsverf.	93,7 „	89,2 „
Sozialversicherung insgei.	101,5 „	93,6 „

Die Reichszuschüsse waren an den Einnahmen beteiligt:

in der	mit	in der	mit
Arbeitslosenversicherung	17,3 %	Invalidenversicherung	23,8 %
Krankenversicherung	1,1 %	Angestelltenversicherung	— %
Unfallversicherung	— %	Knappschaftl. Pensionsverf.	9,6 %
in der Sozialversicherung insgesamt	mit 9,7 %		

Wer den Mut und die Fassenntnis zu einem objektiven Urteil hat, muß die Bezeichnung „Wohlfahrtsanstalt“ in dem Sinne, daß dem Arbeiterstande mehr und ohne Gegenleistung wie den anderen Ständen gegeben wäre, als Irreführung ablehnen. Gerechtigkeit und Objektivität sind auch für Staatsmänner notwendige Gebrauchsgegenstände, ohne deren Handhabung die beigemehrte Politik im Chaos endigen muß. Das deutsche Volk hat zu sorgen, daß an seiner Spitze Führer stehen, die auch gegenüber den arbeitenden Volksschichten Gerechtigkeit und Objektivität walten lassen.

**Die christlich-nationale Arbeiterschaft kämpft für wirtschaftliche und politische Freiheit, für Berücksichtigung der sozialen Notwendigkeiten! Gegen die Unterdrücker der staatsbürgerlichen Freiheit, gegen die Verneiner des christlichen und sozialen Staates! An dieser Parole scheiden sich die Geister!**

# Wahrheit und Klarheit

Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat von jeher parteipolitische Neutralität gewahrt. Diese parteipolitische Neutralität verpflichtet aber nicht, daß die Bewegung zu den großen staatspolitischen Fragen wie auch zu den sozialpolitischen Problemen, die sich jeweils aufstun, schweigt und jede Regierung sowie auch die die jeweilige Regierung stützenden Parteien in ihrem staatspolitischen und sozialpolitischen Handeln kritiklos und unbesehen schalten und walten läßt. Ja, es wird sogar zur heiligsten Pflicht der christlichen Gewerkschaftsbewegung und jedes einzelnen ihrer Mitglieder, zu Fragen, die den Lebenspielraum und die Existenzgrundlage der Arbeiterschaft betreffen, Stellung zu nehmen, ganz gleich, ob mit dieser Stellungnahme Parteien und parteipolitische Bestrebungen getroffen werden oder nicht.

Würden die christlichen Gewerkschaften es unterlassen, zu den Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen, so hätten sie ihre Existenzberechtigung zum Teil verloren. Wir stehen doch vor der ganz eindeutigen Frage: Staatsführung im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft — oder Staatsführung ohne und gegen die Arbeiterschaft!

Da ist zunächst die erste Frage: Hat die Regierung Brüning-Steinwald der Arbeiterschaft die Gewähr geboten, daß die Staatsführung nicht gegen sie erfolgte, daß der Staat Schützer und Wächter elementarer Arbeiter- und Menschenrechte war und daß der Lebens- und Wirkungsraum der gesamten Arbeiterschaft nicht grundtätig gefährdet und bedroht war? Diese Frage ist zu bejahen, wenngleich auch zugegeben werden muß, daß nicht immer und überall alle Handlungen und Maßnahmen der Regierung Brüning die Billigung der Arbeiterschaft finden konnten und daß die außerlegten Opfer nur tragbar schienen im Hinblick darauf, daß durch diese Opfer Deutschlands Freiheit und Gesundheit und dadurch auch eine bessere Zukunft für die Arbeiterschaft erreicht werden sollte. Dies war Brüning und Steinwalds Ziel!

Den Bestrebungen der Schwerindustrie, des Ostelbentums und weiter der Kreise des denkschwachen und jätten Spießbürgertums, den Erfolg einer 30jährigen Arbeit und die Grundlagen eines sozialen Staatsgebildes zu zerstören, hat die Regierung Brüning erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt, wenngleich ihr es nicht immer gelang, Einbußungen zu vermeiden. Diese Kennzeichnung der bisherigen Regierungstätigkeit schließt an und für sich schon einen gewissen Kontrast gegenüber seiner Nachfolgerschaft in sich. Ob in gutem oder bösem Sinne, soll nachstehend untersucht werden.

Betrachten wir einmal zunächst den Regierungswechsel als Arbeiter und Gewerkschaftler staatspolitisch. Staat ist Volksgemeinschaft! Nur in der Verbundenheit, das Beste für die Gesamtheit zu wollen, darin offenbart sich Volksgemeinschaft. Dabei ist Achtung vor der Meinung eines anderen, auch wenn diese parteipolitisch sehr gefährlich ist, selbstverständlich. Die jetzige Regierung hat gezeigt, daß trotz allem Gerede über Volksgemeinschaft, über christliche Staatsauffassung, sie sehr weit von diesen Idealen entfernt ist, ja in ihrem Tun dieses direkt zuwider ist. Die Ansätze zu einer Volksgemeinschaft sind durch die Art und Weise der Regierungsübernahme und die innerpolitischen Regie-

rungsmaßnahmen im Keim erstickt worden. Die Zusammenziehung der Regierung ist betont einseitig, ist auf das Befehlenwollen eingestellt, dem deutschen Befreiungskampf ist damit die so notwendige Einigkeit entzogen. Es ist einfach undenkbar, daß die christlichen Arbeitermassen zu dieser Regierung irgendwelches Vertrauen haben können. In dieser Regierung sitzt niemand, der den Mut hat, im Sinne des christlichen Sozialprogramms zu wirken.

Aber auch die Verteilung der Lasten bzw. die Tendenz dieser Verteilung ist staatspolitisch höchst gefährlich und ausgesprochen reaktionär. Die neue Notverordnung vom 14. Juni läßt mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, daß die Linie der Lastenverteilung nicht nach der wirtschaftlichen Stärke, sondern nach der massenmäßigen Menge geht. (Salzsteuer, Beiträge zur Sanierung der Sozialversicherung). Wirtschaftspolitisch sind bedauerliche Unterlassungen festzustellen: Keine Arbeitsbeschaffung, Verkümmern des Umfiedlungsstrebens.

Ein besonderes Wort zum Wohlfahrtsstaat. Bisher blieb es den größten Scharfmachern und Reaktionsären der Schwerindustrie vorbehalten, diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die neue Regierung, die doch nicht das Patronat über einen Interessentenhaufen übernommen hat, hat es für gut befunden, dieses Schlagwort aufzugreifen und es als ihre staats- und wirtschaftspolitische Weisheit dem deutschen Volke zu servieren. Die jätigen Zeiten des Saarkönigs Stumm scheinen glorreiche Auferstehung zu feiern, erweckt, gestützt und getragen von der Regierung der „nationalen Konzentration“. Der „soziale“ Teil der Notverordnung ist drastischer Anschauungsunterricht, der Worte überflüssig macht. Der verkehrende Ausdruck „Wohlfahrtsanstalt“ bedeutet doch nichts mehr und nichts weniger, als daß Hunger und Elend die moralischen Kräfte der Nation stärken, daß die ganze Sozialgesetzgebung, voran die Arbeitslosenversicherung, schuld sind an unserem Elend, daß die deutsche Nation in ihrer moralischen Kraft geschwächt sein soll. Brutaler und provozierender hat bisher noch kein Organ der Schwerindustrie geschrieben. Der Regierung Papen-Schleicher blieb es vorbehalten, der deutschen Arbeiterschaft diese Ohrfeige zu verfehlen. Eine Bezugnahme auf die Notverordnungspläne der vorausgegangenen Regierung ist verfehlt. Die vorgesehenen Lasten sind sehr stark verschärft, die Ausgleichs (gerechte Belastung aller Schichten, Arbeitsbeschaffung, Ausbau des Siedlungsstrebens) sind weggelassen. Man vergegenwärtige sich doch einmal die einseitig gehäuften Ungerechtigkeiten:

Kürzung der Leichtbeschädigtenrenten	um monatlich 20 %
der Invalidentrenten	„ „ 6 RM.
der Witwenrenten	„ „ 5 RM.
der Waisenrenten	„ „ 4 RM.
der Knappschaftsrenten	„ „ 6 RM.
der Unfallrenten	„ „ 15 %
der Arbeitslosenunterstützung	um durchschn. 23 %
der Krisenunterstützung	um durchschn. 10 %
der Wohlfahrtsunterstützung	um 15 %
der Angestelltenrenten	um monatlich 7,- RM.
der Kinderrenten	um monatlich 2,50 RM.

Wegfall des Anspruchs auf Versicherungsleistung in der Arbeitslosenversicherung nach 6 Wochen.

Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, also schärfere Prüfung als nach dem Bedürftigkeitsbegriff.

Wiederholung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung jeweils nach 13 Wochen.

Unterlassen aller analogen Kürzungen bei den Pensionen und Renten anderer Stände, insbesondere bei Pensionen über 500 und 1000 RM. im Monat.

Einführung einer einseitigen Arbeitsloshilfe, die den Arbeiter mit 1 1/2 Proz. belastet und in den höheren Stufen scharf steigt.

Arbeitsloshilfe der Beamten hingegen mit durchgehend 1 1/2 Proz.

Krisensteuer der Veranlagten nach den alten ermäßigten Sätzen.

Anhebung der Freigrenze in der Umsatzsteuer bei Umsätzen unter 5000 RM., damit Belastung der kleinen Handwerker, Geschäftsleute und Landwirte.

Einführung der Salzsteuer mit 6 Rpf. pro Pfund.

Keine Besteuerung der besitzenden Kreise. Dagegen

Entlastung für die Kreise der Großlandwirtschaft und der Industrie: Einschränkung der Industrieabgabe auf 100 Millionen, neue Entschuldigungsverträge im Osthilfsgebiet von 45 Millionen, für Kredite an gewerbliche Betriebe 15 Millionen,

hingegen für Fortführung der Siedlung nur 20 Millionen.

Gerade die letzten Maßnahmen stehen kraß ab von dem Willen der jetzigen Regierung, die auf den nicht mehr januarsfähigen Gütern im deutschen Osten Lebensraum für 600 000 Arbeitslose schaffen wollte und die dafür mit dem Schmahwort „Volkswirtschaftsversuch“ bedacht wurde. Positiv, also schöpferisch und zugunsten der Großindustrie und Großlandwirtschaft, negativ, also wegnehmend, zugunsten der Arbeiterschaft und kleinen Steuerzahler. Abgesehen von der sozialen Ungerechtigkeit

müssen solche Dinge auch zur staatspolitischen Verdrossenheit führen. Ein Gutes haben diese Maßnahmen allerdings auch an sich, sie öffnen jedem, der noch Augen und Ohren hat, diese mit aller Deutlichkeit.

Der 31. Juli ist der Entscheidungstag, ob unser deutsches Volk, und in ihm der Arbeiterstand, von oben herunter in Klassen gespalten bleiben oder wieder auf den Weg der Volksgemeinschaft zurückgeführt werden soll. Für die christliche Arbeiterschaft ist die Linie klar. Die nationalsozialistischen Illusionäre aber werden bekennen müssen, ob sie noch weiter den Versprechungen und Behauptungen von Demagogen glauben, oder ob sie auf den Boden der Sachlichkeit zurückkehren wollen. Es geht um Freiheit und soziale Gerechtigkeit im Staat, es geht um Brot, Arbeit und Auskommen für die werktätige Bevölkerung!  
Fr. Heinrich.

## Das neue System

Die neue Regierung will die „gottgewollte Ordnung“ einführen. Die sieht folgendermaßen aus: Der Arbeitslose der untersten Klasse erhält nur mehr 4,50 RM. die Woche, hat er Frau und sechs Kinder, muß er sich mit 5,70 RM. begnügen, von den Geldern, die er selbst in guten Zeiten mit aufgebracht hat; den Kriegsbeschädigten und den ärmsten Witwen kürzt man die Rente. Die Arbeitnehmer zahlen neben 3 1/2 v. H. Arbeitslosenbeiträge noch 1 1/2 bis 5 v. H. Beschäftigtensteuer. Dagegen zahlen die Großgrundbesitzer, Unternehmer und Kapitalbesitzer nichts. Sie müssen „geschont“ werden, während die darbenende Armut von ihrem Hungerverdienst, der nicht einmal zur Fristung des nacktesten Lebensunterhaltes reicht, noch abgeben muß. Der Arbeiter, der 125 RM. im Monat verdient, muß dafür 2 1/2 v. H. Beschäftigtensteuer zahlen. Dagegen zahlen die zur Einkommensteuer Veranlagten bis zu 16 000 RM. Jahreseinkommen überhaupt keine Krisensteuer, die Einkommen zwischen 100 000 und 250 000 RM. nur 2 1/2 v. H., und die bis zu einer halben Million nur 3 v. H. Diese durchgreifende Systemänderung, die mit „gottgewollte Ordnung“ zu umschreiben, die Regierung den traurigen Mut hat, ist mit ihren ganzen unsozialen Tendenzen den bislang schon zermürbten unteren Volksschichten noch gar nicht aufgegangen. Sonst müßte ein einziger Schrei der Erbitterung und Empörung durch die Massen gehen, besonders wenn sie sich überlegen, was die Leute verdienen, die das neue System von Schleicher-Papen schon. Hier nur eine kleine Blütenlese: Bei den J. G. Farben erhält jedes Vorstandsmitglied ein Jahresgehalt von durchschnittlich 145 000 RM., bei der Deutschen Dico-Bank von 120 000 RM., bei den Mannesmann-Röhrenwerken von 135 000 RM., bei der Schubert & Salzer A.-G. von 145 000 RM., bei Ilse Bergbau A.-G. von 130 000 RM., bei der Sarotti A.-G. von 120 000 RM. Ebenfalls geschont wurden von dem neuen System die Kapitalbesitzer. Einer von ihnen, Dr. Günther Quandt, der unlängst von Berlin-Grünwald nach Zürich verzog, besitzt bei der Berliner Accumulatorenfabrik A.-G. für 15 Mill. RM. Anteile. Aber vielleicht brauchen die Herren das Geld, um damit getarnte Ziele zu erreichen. Dr. Goebbels hat vor einigen Tagen den nationalsozialistischen Agitatoren ausdrücklich verboten, etwas gegen das schreiende Unrecht, das die Papen-Notverordnung den unteren Schichten zufügt, zu sagen. Wissen das die kleinen Gläubigen und bringen sie den Mut zu den doch sehr naheliegenden Schlußfolgerungen auf?

## Internationaler Bund christlicher Bauarbeiterverbände

Anläßlich des 5. Kongresses des internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften fand in Antwerpen die alljährliche Vorstandssitzung unserer Bauarbeiter-Internationale statt. Die Leitung unseres internationalen Bundes und zugleich die Vertretung desselben im Rahmen des internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften wurde dem 2. Vorsitzenden unseres Verbandes, Kollegen Schmidt, Berlin, übertragen. Die Bestrebungen, die gemeinsamen Interessen zu pflegen, die noch losen Verbindungen noch fester zu gestalten und die noch außerhalb unseres Kreises stehenden christlichen Bauarbeiterorganisationen in mehreren Ländern unserm Bund anzuschließen, sind auch im Berichtsjahre weiter verfolgt. Gewisse Fortschritte können konstatiert werden. Die Beratungen führten zu neuen Aufträgen, die teilweise schon durch Fühlungnahme mit den auf dem obenerwähnten Kongreß anwesenden Vertretern der Landeszentralen erledigt wurden. Naturgemäß drehte sich ein großer Teil der weiteren Aussprache um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und hier im besonderen um die Versuche, die Lohn- und Tarifgestaltung ungünstig zu beeinflussen. Die Aussprache erbrachte die bedauerliche Tatsache, daß im ganzen gesehen, die Lohnrückbildung in Deutschland das größte Ausmaß von allen Ländern angenommen hat. Zu würdigen ist daneben allerdings die erfreuliche Tatsache, daß es gelungen ist, im Mutterland der Tarifverträge die gesetzlichen Grundlagen des Tarifgedankens zu erhalten. Durch eine neue internationale Lohnstatistik sollen unter

## Übergangsregelung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung

Der Präsident der Reichsanstalt hat über die Form der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 6. 1932 eine Übergangsregelung festgesetzt. Danach ist die Ueberleitung so durchzuführen, daß für alle Unterstützungsstufen, die nach dem 23. 7. 1932 liegen, sowohl die neue Unterstützungshöhe in Frage kommt, als auch, soweit erforderlich, die Voraussetzung der Hilfsbedürftigkeit von dem Arbeitsamt beachtet werden muß. Für die Ueberleitung in der Versicherung kommen aber alle diejenigen Fälle nicht in Betracht, bei denen die Unterstützungsempfänger sich am 27. 6. in der 17. oder einer späteren Woche des Unterstützungsbezuges befanden und — soweit es sich um bernspflichtige Arbeitslose handelt — sich in der 12. oder einer späteren Woche des Unterstützungsbezuges befanden. In den verbleibenden Fällen muß das Arbeitsamt ein Ersuchen an die Gemeinden um Prüfung der Hilfsbedürftigkeit richten. Dieses Ersuchen soll so beschleunigt werden, daß die letzten Anträge an die Gemeinden am 9. Juli 1932 abgehen, damit die Antworten rechtzeitig vor dem 23. 7. 1932 vorliegen. Für die Ueberleitung in das neue Recht der Krisenunterstützung kommen alle diejenigen Fälle nicht in Betracht, bei denen sich die Empfänger am 27. 6. 1932 in der 55. bis 58., bei älteren Arbeitslosen in der 68. bis 71. Woche des Gesamt-Unterstützungsbezuges befanden. Hinsichtlich der Höhe der Krisenunterstützung wird bestimmt, daß auch in denjenigen Fällen, in denen zunächst eine erneute Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden unterbleibt, die Unterstützung vom Ueberleitungstag an nach den neuen Sätzen berechnet werden muß.

Zugrundelegung der Lebenshaltungskosten die wirtschaftlichen Verhältnisse der in den angeschlossenen Ländern lebenden Bauarbeiter erneut gegenüber verglichen werden. Die im Vorjahre gepflogenen Besprechungen über eine Aenderung der Kartellvereinbarung hinsichtlich Uebertritt und Anrechnung von Rechten erfolgte in Form der nachstehenden Satzungsänderung. Der letzte Absatz des § 3 der internationalen Vereinbarung wird künftig lauten:

Sie (die Mitglieder) haben ihr bisheriges Mitgliedsbuch abzugeben und erhalten Mitgliedsbücher des Landesverbandes, in den sie übergetreten sind. Dieser Landesverband hat in die Uebertrittsbücher in jedem Falle das Datum des Beginns der anrechnungsfähigen Mitgliedschaft (Eintrittsdatum), die durchschnittliche Höhe der letzten 52 Wochenbeiträge und die Gesamtzahl der bisher geleisteten Wochenbeiträge einzuschreiben.

§ 4: Die im 1. Paragraphen genannten Mitglieder treten, wenn die Bedingungen des 3. Paragraphen erfüllt sind, auf Grund dieser Vereinbarung sofort in die Rechte ein, welche dieser Verband satzungsgemäß festgelegt hat. Dies gilt aber nur bezüglich der Unterstützungsarten, die der bisherige Verband auch eingeführt hatte. Die etwa darüber hinausgehenden Unterstützungsarten des Verbandes, in den ein Mitglied übertritt, treten erst in Kraft, wenn das Mitglied die satzungsmäßigen Vorbedingungen dafür erfüllt hat.

Der Tagungsort mit seinen gewaltigen historischen Bauwerken, wie die 138 Meter hohe, in feinsten Gotik ausgeführte Kathedrale, das Rathaus, die Gildehäuser, die gewaltigen Hafenanlagen, aber auch hervorragende neuzeitliche Bauwerke boten einen guten Anschauungsunterricht, welche Kultur und welcher gewaltiger Wille in Bauwerken verkörpert ist. Mahner in schwerer Zeit, die unser Gehör finden sollen!

### Arbeitslosenfeststellung im Verband im Juni 1932

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Juni aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerkschaftliche Wirtschaftslage im Vergleich zum Vormonat wieder nur eine geringe Verbesserung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Mai 1932 mit 83,01 Proz. weist der Juni die Zahl der Beschäftigten mit 82,39 Proz. auf. Das bedeutet ein Fallen der Arbeitslosenzahl um 0,75 Proz. Gegenüber dem Vergleichsmonat von 1931 mit 69,92 Proz. liegt der diesjährige Arbeitslosenstand des Monats Juni um 35,24 Proz. höher. In den letzten fünf Jahren hatten wir im Juni folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 = 6,08 Proz., 1928 = 11,60 Proz., 1929 = 14,46 Proz., 1930 = 42,26 Proz., 1931 = 69,92 Proz. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Frankfurt a. M., ihm schließen sich an Berlin und Köln. Nur drei Bezirke liegen unter 80 Prozent. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozent der Mitgliederzahl:

1. Berlin	85,58 Proz.	7. Köln	85,09 Proz.
2. Bochum	84,89 "	8. Königsberg	76,62 "
3. Breslau	81,51 "	9. München	74,82 "
4. Frankfurt	88,85 "	10. Münster	81,16 "
5. Hannover	82,05 "	11. Paderborn	74,67 "
6. Karlsruhe	80,78 "		

Die bei unserer Arbeitslosenberichterstattung vom Vormonat ausgesprochene Besorgnis, daß der Regierungswechsel auch in der Bauwirtschaft wiederum hemmend wirken werde, hat sich leider erfüllt. Die neue Reichsregierung hat die Siedlungs- und Arbeitsbeschaffungspläne der vorausgegangenen Regierung nicht aufgenommen und bis zur Stunde auch über andere großzügige Arbeitsbeschaffungspläne nichts verlauten lassen. Der private Bauwille wird durch eine solche behördliche Passivität natürlich aufs neue gelähmt. Der durch die politischen Notverordnungen neu aufgetretene Unsicherheitsfaktor wirkt hemmend im gesamten Wirtschaftsleben. Eine gewisse Wiederaufwindung der Bauwirtschaft ist sowohl von einer größeren Einsicht der Behörden wie auch von einer auf Wirtschaftsvertrauen eingestellten Volksmeinung abhängig.

### Rundschau

#### Der Stand der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen ist zum Ende Juni 1932 auf 5 476 000 zurückgegangen. Die Senkung in der zweiten Junihälfte betrug 93 000, so daß die Gesamtentlastung im Monat Juni sich auf 107 000 stellt. In der ersten Junihälfte wirkte der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend konjunkturabhängigen Berufsgruppen entgegen. Im Vergleich zum saisonmäßigen Tiefpunkt des Vorjahres, der im Juni erreicht wurde, liegt in diesem Jahre die Gesamtbeschäftigung um 1 393 000 höher. Die Frühjahrsentlastung belief sich im Vorjahre auf über 1 Million, während sie in diesem Jahre nur 653 000 erreichte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung stellt sich jetzt auf 941 000. Damit ist ein weiterer Rückgang, und zwar um

### Am 16. Juli 1932 ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

62 000, eingetreten. In der Krisenfürsorge befanden sich Ende Juni 1 544 000 Arbeitslose. Das bedeutet einen Rückgang um 29 000. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen wiederum weiter gestiegen ist. — Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt war uneinheitlich. Der Rückgang betrug in Ostpreußen in der zweiten Junihälfte 46 000, in Westfalen 9841, im Bezirk Südwestdeutschland (Baden und Württemberg) 6871 und in Schlesien rund 4500.

### Hilfe für unsere daniederliegende Bauwirtschaft

Die Mittel, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, schrumpfen immer mehr zusammen. Die neue Regierung hat angekündigt, in absehbarer Zeit überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung zu stellen und die Zwangswirtschaft restlos aufzuheben. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die bekannte Bau Sparkasse Gemeinshaft der Freunde in Ludwigsburg trotz Wirtschaftskrise und Bankentriebe in der Lage ist, erhebliche Mittel dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Wurden im Herbst des vergangenen Jahres 3,6 Millionen Mark zugeteilt, im Dezember 3,8 Millionen, so steigerte sich bei der Frühjahrsteilung 1932 der Betrag auf 4,6 Millionen Mark, um schließlich bei der in diesen Tagen stattgefundenen Sommerzuteilung mit 5,03 Millionen Mark in dieser Zeit des Niederganges eine Rekordleistung des Aufstieges darzustellen. Damit hat die Gemeinshaft der Freunde in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits 192,5 Millionen Mark an fast 13 000 Bau Sparkassenfamilien zur Verfügung gestellt. Solche Summen bedeuten heute für unsere daniederliegende Bauwirtschaft sehr viel und sind auch geeignet, das Mißtrauen zu beseitigen, das sich durch manche Vorgänge der letzten Zeit gegen die Bau Sparkassenbewegung breitgemacht hat. Mit der Gemeinshaft der Freunde stehen bekanntlich neben anderen bedeutenden Organisationen auch die christlichen Gewerkschaften in einem freundschaftlichen Verhältnis.

### Einschränkung der Kapitalabfindung

Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers an die Hauptverorgungsämter weist darauf hin, daß auf Grund der gespannten Finanzlage des Reiches vom 1. Juli 1932 an Kapitalabfindungen vorerst nur für bereits vorhandenen Grundbesitz, zu dessen Erwerb oder wirtschaftlichen Stärkung schon eine frühere Kapitalabfindung bewilligt worden war, zwecks Abwendung der drohenden Zwangsversteigerung gewährt werden können, wenn die sichere Gewähr für dauernde Erhaltung des Grundbesitzes gegeben ist. Die Prüfung aller dieser Voraussetzungen muß unter genauester und sorgfältigster Berücksichtigung aller Umstände vorgenommen werden. Vom 1. Juli d. J. an stehen den Hauptverorgungsämtern monatlich insgesamt 158 000 RM. für derartige Kapitalabfindungen zur Verfügung. Nicht der notwendige Bedarf, sondern der Etatbetrag ist für die Rechte der Kriegsbeschädigten maßgebend. Bei den so arg unterschiedlichen Renten und Pensionen erinnert man sich an den im Weltkrieg üblichen ironischen Soldatenvers: „Gleicher Sold und gleiches Essen, war' der Krieg schon längst vergessen...“

### Siedlungsergebnisse

Die West-Ost-Umsiedlung hat in den Jahren 1927—31 folgenden Umfang gehabt:

Jahr	Zahl der Siedler	Anzahl der Dörfer (1 Dorf = 20 Stellen)
1927	153	8
1928	263	13
1929	355	18
1930	552	43
1931	774	39
	2397	121

Der Rückgang der West-Ost-Siedlung ist ohne Zweifel auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen. Nach Herkunftgebieten verteilen sich die Ostsiedler folgendermaßen:

	1927 bis 1930	1931 bis 1931
Weißdeutschland	1074	382
Süddeutschland	198	95
Mitteldeutschland	262	351
Unbekannte Gebiete	89	30
	1623	858

Nach einer Mitteilung des preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sollen im Sommer dieses Jahres rund 315 000 Hektar siedlungsfähiges Land bereitstehen. Die Siedlungsstellen haben noch 155 000 Hektar Land zur Verfügung, so daß in diesem Jahre rund 470 000 Hektar für die Siedlung bereitstehen. Durch das Sicherheitsverfahren in der Osthilfe sind zurzeit keine Güter zur Siedlung freigegeben.

In diesem Zusammenhang ist es lehrreich, die Siedlungsmöglichkeiten in Deutschland überhaupt zu prüfen. Nach dem Reichsiedlungsgesetz sollen in den einzelnen An siedlungsbezirken fortlaufend Güter über 100 Hektar für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden, bis die landwirtschaftliche Nutzungsfläche der großen Güter nicht mehr als 10 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzungsfläche des An siedlungsbezirktes beträgt. Für die Gesamtsiedlung stehen daher noch rund 1 413 700 Hektar zur Verfügung, von denen 40 v. H. schon besiedelt sind. Auf der gesamten Fläche können bis zu 300 000 Familienbetriebe à 9 Hektar (rd. 40 Morgen) entstehen.

### Aus dem Verbandsleben

Gemeinschaftliche Aufklärung im goldenen Grund. Eine weilige Landschaft mit gepflegten Fluren und Wäldern, mit wertvollen Gesteins- und Mineralquellen, mit vielen Quellen heilkräftigen Wassers im Taunusgebiet wird „der goldene Grund“ genannt, eine Bezeichnung, die ihm heute unsere Berufsangehörigen nicht mehr zuerkennen können. Saubere Dörfer zeugen von einer fleißigen Bevölkerung, mit Liebe gepflegte Häuser von einem ortsanfässigen Stamm von Bauarbeitern. Rund 300 Bauarbeiter sind im „goldenen Grund“ beheimatet und in allen deutschen Gauen als gewandt und arbeitseifrig bekannt. Die Vorkriegs-Wirtschaftskrise lastete düster auf dem sonst so sonnigen Land, 91 Prozent aller Bauarbeiter sind arbeitslos, darunter viele schon mehrere Jahre. Die Reichs- und Landesbehörden denken bei ihren errechneten Durchschnittszahlen der Arbeitslosennot nicht an die Gebiete, die über dem Durchschnitt der Not liegen. Bei den bezirklichen Behörden scheint langsam der bei den Mohammedanern „berühmte“ Geist des Fatalismus gegenüber einem unabwendbaren Schicksal einzuziehen. Unsere Kollegen wollen trotz der Not sich nicht stumm dem Schicksal beugen, sie sehen in ihrer Organisation die Einrichtung, die sich dauernd um die Besserhaltung der Verhältnisse bemüht. — Rund 300 Kollegen waren am 19. Juni dem Ruf auf Aufklärung nach dem Versammlungsort D e r b r e c h e n gefolgt. Weit entlegene Orte hatten Deputationen entsandt. Ueber die Ursachen der Wirtschaftskrise, die Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung sprach der Redakteur des Verbandsorgans, Kollege G a h e m e i e r, Berlin. Er verwies auf die wirtschaftspolitischen Auswirkungen von Krieg und Inflation, auf die unzulängliche Berücksichtigung der Kaufkraft bei stärksten rationalisierter Wirtschaft und auf die Folgen der Vertrauenskrise durch die Reparationsforderungen und die innerstaatlichen Kämpfe. Die Zerstörung der Bauwirtschaft durch übereilte behördliche Maßnahmen ist ein besonderes Kapitel. Der Verband hat im Laufe der letzten Jahre seine Hauptaufgabe auf die Erhaltungstätigkeit in bezug auf Lohnhöhe und Lohnrecht, auf Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung legen müssen und in tausenden von Verhandlungen der verschiedensten Art auch wertvolle Erfolge erreicht. Das ist manchem Kollegen persönlich sehr wohl bewußt geworden. Der Verband bemüht sich auch weiter, den Bauwillen bei Behörden und Privaten neu zu entfachen. Der Verband erwartet aber auch Treue und Entschlossenheit in einer Zeit, wo neben persönlicher Not, Heße und Unverständnis die Gemüter zu verwirren versuchen. — Bezirksleiter, Kollege S c h l e i c h e r, Frankfurt, besprach die demagogische Art gewisser Parteien, die den Arbeiter für ihre, im Endeffekt unsozialen und freiheitsraubenden Bestrebungen mißbrauchen wollen. Im besonderen erläuterte er die himmelschreienden Auswirkungen der Notverordnung der Reichsregierung, die dem „Wohlfahrtsstaat“ für die Armen, den „Wohlfahrtsstaat“ für Großindustrie und Großlandwirtschaft entgegenstellen will. — Kollege S i e b e n, Limburg, besprach die arbeitsmarkt-politischen und sozial-fürsorge-reichen Verhältnisse im engeren Bereich. Eine gewisse Kritik der Kreisbehörden und einzelner Gemeinden konnte hierbei nicht vermieden werden. Redner ermahnte die Kollegen auch insbesondere dahin, künftig mehr Wert auf eine Vertretung der christlichen Arbeiterkraft in den Gemeindeparlamenten zu legen. Der freiwillige Arbeitsdienst muß von uns wegen seines Einbruches in bauwirtschaftliche Arbeitsgebiete mit starker Skepsis betrachtet werden. — Kartellvorsitzender M ü l l e r, Limburg, sagte in einer kernigen Schlussansprache alle Gedankenengänge zusammen und verwies darauf, daß die Not der Zeit große Männer im Arbeiterstande finden müsse. Die Solidarität der Arbeiterschaft sei bestgepflegte Nächstenliebe. Es sei ein erhebendes Zeichen edelster Kollegialität, wenn ein Kollege trotz 4 1/2 stündigen Weges herbeigeeilt sei, um mit dem ersten Redner nach 25jähriger Trennung vom früheren Arbeitsorte wieder einmal zusammenzukommen. — Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Spontane Erklärungen aus der Mitte der Versammlung gingen dahin: wir halten zu unserem Verband und werten Schalmeyentöne der neuen „Arbeiterfreunde“ im braunen Gewand als das was sie sind: Rattenfänger melodien.

Eberfeld. Unsere am 23. Juni stattgefundenen Versammlung befaßte sich eingehend mit der neuen Notverordnung. Einmütig kam zum Ausdruck, und wurde als Protest an den Hauptvorstand weitergeleitet, daß die himmelschreienden Ungerechtigkeiten gegen die Armen der Armen, die Inhalt dieser Notverordnung sind, die entschiedene Stellungnahme der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen herausfordern müssen. Des weiteren wurde ein besonderer Mißstand in den Sozialleistungen beleuchtet. Die Sozialinstitute sind für die Verletzten gegründet und werden mit deren Geld unterhalten. Die Leistungen der Verletzten werden abgebaut, die Bezüge der hohen Beamten an diesen Stellen bleiben aber in gleicher Höhe bestehen. Wenn Opfer notwendig sind, dann ist es unverständlich, daß nur die Verletzten von ihren Notrenten etwas abgeben müssen, während bei den Abzügen der hochbezahlten Verwaltungskräfte, die zudem gegen Arbeitslosigkeit und für die Lage des Alters ausreichend geschützt sind, an eine Einschränkung nicht gedacht wird. Wir wollen die sozialen Einrichtungen erhalten, aber auch ihren Geist. Durch die Notverordnung ist dieser Geist umgedogen. Es zeugt für das Gegenteil staatspolitischer Klugheit, wenn in dieser Weise die Arbeiterschaft vor den Kopf gestoßen und radikalen Elementen eine hemmungslose Agitation gegen die Staatspiketen erleichtert wird. Ungerechtigkeit wird auch durch die Drohung mit dem starken Arm kein Recht. Der jährliche Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit soll uns am rechten Plage finden!

Eigenzell (Gulda). Der 26. Juni war für unsere Ortsgruppe ein großer Tag, konnten wir doch die Ehrung von 2 Jubilaren, der Kollegen Leo Müller und Franz Kremer, vornehmen. Vorsitzender Kollege Wilhelm Müller begrüßte die Versammlung und wies auf die

Bedeutung des Tages hin. Erfreulich war im besonderen, daß die auswärtigen Mitglieder mit ihren Frauen erschienen waren. Kollege Stahl, Fulda, hielt einen zeitgemäßen Vortrag über die großen Härten, welche in der letzten Notverordnung vom 14. Juni enthalten sind und forderte alle Anwesenden auf, jetzt erst recht in den Abwehrkampf einzutreten, um weitere Armut für die Arbeiter abzuwehren. — Nach einer lebhaften Aussprache wurde die Ehrung der Jubilare vorgenommen. Zur Ehrung derselben wurde vom dem Jugendobmann Kollegen Paibold ein sinnvoller Prolog vorgetragen, mit dem Ergebnis, daß die Jungmannen den Jubilaren in ihrer gewerkschaftlichen Treue folgen wollen. Kollege Stahl überbrachte den Jubilaren die Glückwünsche des Haupt- und Bezirksvorstandes und überreichte jedem die Ehrenurkunde mit der Silbernen Nadel. Sehr erfreut dankten die beiden Jubilare und erklärten, auch weiterhin treu für den Verband zu arbeiten.

**Eine Mahnung aus dem Saargebiet.**

Am Samstag, dem 25. Juni 1932, veranstaltete unser Verband für den Bezirk Saar im Kolpinghaus in Saarbrücken eine Kundgebung, bei welcher Kollege Heinrich, Karlsruhe, über die gegenwärtige wirtschaftliche, soziale und politische Lage Deutschlands sprach. Die hochbedeutenden und aktuellen Ausführungen des Redners fanden nach einer stürmischen Debatte ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, der wir folgenden entnehmen:

Die Versammelten erklären sich mit demjenigen Teil des denkenden deutschen Volkes solidarisch, welcher dem gegenwärtigen Kabinett mit dem allerjährlsten Mißtrauen gegenübersteht und die brutalen, in höchstem Grade unsozialen Notmaßnahmen dieser Regierung mit aller Entschiedenheit ablehnt, weil die erlassene Notverordnung einerseits eine zur vollkommenen Verelendung der Sozialrentner und der Erwerbslosen führende Verschlechterung der Invaliden- und Unfallrenten sowie der Alu, Krü und Wöflu vorsieht, die Arbeitslosenversicherung fast völlig ihres Versicherungskarakters entkleidet und weil sie andererseits eine einseitige steuerliche Belastung der in Beschäftigung stehenden Arbeiter und Angestellten gebracht hat. Die Behauptung, als symbolisiere diese Regierung die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Volksträfte wird mit Entrüstung zurückgewiesen. Eine Konzentration der wahrhaft nationalen Gruppen des Volkes ist ohne Einbezug der wesentlichsten Volksteile aus dem Lager der Arbeiter und Angestellten niemals möglich. Die hohe nationale Gesinnung der in der christlichen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zusammengefaßten Arbeiter, Angestellten und Beamten ganz Deutschlands kann von niemanden übertroffen werden. Das Verjahrenlassen des von der Regierung Brüning-Steigerwald geplanten und bereits begonnenen Arbeitsbeschaffungs- und Umsiedlungsprogramms ist keine nationale Tat. Von einem sogenannten „konstruktiven Aufbauprogramm“ der Regierung Schleicher-Papen kann deshalb infolge Fehlens eines großzügigen Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsplanes keine Rede sein.

Die christlichen Bauarbeiter an der Saar sind entschlossen, Schalter an Schalter mit ihren Standeskameraden im Reich, für die Ehre, Freiheit, Gleichberechtigung und den notwendigen Schutz vor Ausbeutung des schaffenden Volkes ihre besten Kräfte einzusetzen und alle Angriffe der Junker, Industriebarone, Vorkriegsrenten, Militärs und der Nazis auf die elementarsten Lebensinteressen der mündig gewordenen schaffenden Stände unseres Volkes abzuschlagen.

Die Versammlung richtet schließlich an die besonnene Arbeiterschaft ganz Deutschlands die ernste und dringliche Mahnung, in dieser historischen Stunde wachsam zu sein, die gewerkschaftlichen Kampfverbände auf der ganzen Linie zahlenmäßig und finanziell zu stärken und durch Unterstützung und Verteidigung der verfassungstreuen und sozial eingestellten politischen Parteien auch im bevorstehenden Reichstagswahlkampf ihre staatsbürgerliche und landesmäßige Pflicht zu erfüllen.

**Saargebiet (Kreis Meisenheim).** Unsere Ortsgruppe hielt am 25. Juni bei gutem Besuch eine öffentliche Bauarbeiterversammlung ab. Bezirksleiter Kollege Schleicher, Frankfurt, besprach die allgemeine Wirtschaftslage und in ihr die besonders schlimme Lage der Bauwirtschaft, die durch 91 Prozent arbeitsloser Berufscollegen in den besten Baumonaten gekennzeichnet ist. Die Not wird verschärft durch die rigorosen Bestimmungen der Notverordnung der derzeitigen Reichsregierung. Einem amtlich in Höhe von durchschnittlich 23 Prozent dargestellten Abbau steht in vielen Gebieten und in der oberen Unterstufenklasse ein Abbau gegenüber, der teilweise 40 Prozent überschreitet. Im Gegensatz hierzu und zur neuen Arbeitslosenhilfe“ der Lohnarbeiter steht die geringe Belastung der Beamten und die betonte Schonung der Besessenen. Mit christlichen Grundgedanken hat diese ungleiche Verteilung nichts gemeinsam. Unser Bestreben muß sein, diese Dinge auf dem normalen staatspolitischen Wege zu ändern. Die heutigen Zustände sind die beste Mahnung zum Zusammenhaken in unserer Organisation. Der gewerkschaftliche Eifer muß wieder Formen annehmen wie in den Gründungsjahren unserer Bewegung. — Gewisse Äußerungen bestimmter Wald- und Bieneagitatoren gaben unserem Kollegen Jobst, Kreuznach, Anlaß, über die Anfechtungsbestimmungen für die Saargänger eingehend zu berichten. Was an Verbesserungen für diese Kollegen, an Milderung der Einreise- und Anfechtungsbestimmungen erreicht worden ist, danken wir der unermüdeten Arbeit unserer Verbandsverwaltung in Saarbrücken. Diese geschichtliche Wahrheit werden Korthelden mit Disziplin zu wegreiben können. Die Ausführenden beider Redner fanden die Zustimmung der Kollegen. Herzliche Zustimmung fanden auch die Darlegungen des Ortsleiters.

**Conz (Hals).** Am 26. Juni fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Heinrich, Karlsruhe, über „Systemwechsel und christliche Arbeiterschaft“ sprach. Der Vortrag wurde mit regem Interesse entgegengekommen und zum Schluß folgende Entschließung gefaßt:

1. Die Maßnahmen der Regierung Papen lassen jede zusätzliche Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten außer Betracht.
2. Die Herabsetzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung und die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bedeutet praktisch eine Enteignung wohlhabender Versicherungsrechte.
3. Die Herabsetzung der Unterstützung für Arbeitslose, Invaliden- und Unfallrentner, verbunden mit neuer Belastung aller Arbeitnehmer durch die Beschäftigtensteuer bei gleichzeitiger Schonung der besitzenden Kreise bezeichnen die Versammelten als ein großes Unrecht.
4. In einer Zeit, wo Syndikate und Kartelle fast schrankenlose Herrschaft auf dem Wirtschaftsmarkt ausüben, in einer Zeitperiode von Zollzinsen in nie gekannter Höhe dem Arbeiter jeden Lohnschutz nehmen und die gesetzlichen Grundlagen des Tarif- und Schlichtungswesens aufheben zu wollen, wie es sozial-reaktionäre Kreise fordern, muß als eine Klassenpolitik bezeichnet werden.

**Hundenburg.** Am 28. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Wegen Ueberlastung des derzeitigen Vorsitzenden Zwiorek wurde Kollege Johann Thiel an dessen Stelle gewählt. Nur ungern sah die Ortsgruppe den Rücktritt des Kollegen Zwiorek, dem es in einundneinhalb Jahren Vorstandsmitglied möglich war, unsere Ortsgruppe auf 123 Mitglieder zu bringen. Für diese Leistung sprach ihm Kollege Heidrich seitens des Verwaltungsvorstandes sowie der Ortsgruppe den Dank aus. Auch als nichtverantwortlicher Leiter versprach Kollege Zwiorek, seine ihm zur Verfügung stehende Zeit dem Verbands zu widmen. — Längere Ausführungen machte Kollege Heidrich zu den politischen Vorgängen, insbesondere behandelte er die von der Papen-Schleicher-Regierung erlassene 5. Notverordnung und die Auswirkungen für uns Bauarbeiter. Daß Opfer in einer solchen Krisenzeit notwendig sind, gilt als selbstverständlich. Die Arbeiterschaft hat aber schon so viel Opfer gebracht, daß ein weiterer Abbau in der Alu, Krü und Wöflu nicht zu vereinbaren ist. Die Kürzung beträgt zum Teil in der Alu bis 50 Prozent. Bei Berücksichtigung der ab 1. Mai gültigen Löhne im oberdeutschen Bauergewerbe beträgt die Höchstunterstützung in den ländlichen Kreisen nur noch 10,80 RM für einen Facharbeiter mit drei Angehörigen und 9,60 RM für Tiefbauarbeiter mit drei Angehörigen. Weitere Not und folgend Elend sind die Wirkungen einer solchen Notverordnungspolitik. Die Arbeiterschaft soll in Zukunft die gesamten Mittel allein aufbringen, um Alu, Krü- und Wöfluunterstützungsempfänger zu unterhalten. Die Industrieherrn beziehen zu gleicher Zeit Gehälter bis zu 1/2 Million, die aus den Betrieben nur herausgewirtschaftet werden können, wenn mit möglichst kleiner Belegschaft und hoher Produktionsziffer gearbeitet wird. Das Heer der dadurch Erwerbslosen überantwortet man der Arbeiterschaft zur Versorgung. Die Abträge in der Sozialversicherung betragen 520 Millionen. Dafür gibt man steuerlichen Junkern Millionen zur Restaurierung ihrer pleite gegangenen Güter. Von einer gerechten Kostenverteilung ist in der Notverordnung nichts enthalten. Ein Abtrieb an den Beamtengehältern und Pensionen — soweit sie überhöht sind — und eine entsprechende Heranziehung der selbständigen Erwerbsstufen hätte die Salzfsteuer und die Arbeitslosenentlastungen unnötig gemacht. Kollege Heidrich forderte die Kollegenschaft zum Kampf auf für Recht und Freiheit. Die reaktionären Pläne dieser antinationalen „Konzentrationsregierung“ müssen im Interesse des Volkswohls durchkreuzt werden. Dem Recht der Sieg! Kr.

**Küstringen.** Anlässlich der 25jährigen treuen Verbandzugehörigkeit des Kollegen Friedrich Grothe hatte unsere Verbandsstelle zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen, der auch eine stattliche Anzahl Kollegen gefolgt war. Koll. Keede hieß die Kollegen herzlich willkommen und begrüßte besonders den Jubilar. Er führte des weiteren aus, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Not, in der sich besonders unsere Gemeinde befindet, die Ehrung nur in schlichter Form vorgenommen werden könne. Diese einfache Ehrung passe aber auch ganz zu dem biederen Charakter des Jubilars. An Stelle unseres durch Krankheit verhinderten Bezirksleiters, Kollegen Berner, nahm unser Kassierer Doll die Ehrung des Jubilars vor. Er gab die Glückwünsche des Hauptvorstandes bekannt und führte in seinen trefflichen Worten die Versammelten in die Verhältnisse vor 25 Jahren zurück. Anschließend ernannte er die Kollegen, vor allem die jüngeren, tren zur Jahre zu sehen, damit auch in Zukunft noch recht viele Kollegen in die Zahl der Jubilare eingereiht werden könnten. Mit der Ueberreichung der Ehrenurkunde und der Silbernen Nadel und einem dreifachen Hoch auf den Jubilar und die christlichen Gewerkschaften schloß die Ehrung. — Zum Thema Lohnverhandlungen gab Kollege Doll einen kurzen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Leider sei für die Kreise Höger-Warburg auch diesmal kein Tarifvertrag zustande gekommen, weil die Unternehmer hinsichtlich der Lohnfrage keine Zugeständnisse machen wollten. Eine große Schuld an dem Nichtzustandekommen eines Tarifvertrages treffe ganz besonders diejenigen, die immer noch der Organisation fernstehen und dadurch sich selbst und ihre Berufscollegen schwer schädigen. Pflicht eines jeden Organisierten sei es in der heutigen schweren Zeit, alle Kollegen reiflos dem Verbands beizutreten, damit die Stützkräfte des Verbandes verstärkt werde. — In der Aussprache bemängelten fast alle Anwesenden die zu niedrig gehaltene Wöfluunterstützungssätze und beauftragten das Kreisratsmitglied Franz Doll, in der nächsten Kreisratssitzung den Herrn Landrat zu bitten, nach Möglichkeit für Abstellung dieser unsozialen Mißstände Sorge zu tragen. Es ist unmöglich, mit 25 bis 27 Pfg. pro Tag und Kopf eine Familie durchs Leben zu bringen, besonders da fast jegliche Beihilfe zur Beschaffung von Bekleidungsstücken und Schulbüchern vom Kreise abgelehnt wird. Dieses wirkt um so niederdrückender, wenn andererseits in unserem Vaterlande noch Gehälter von Hunderttausenden gezahlt werden.

Scharfe Kritik erfuhr die Notverordnung der jetzigen Regierung, durch welche wiederum die Vermögen der Armen am stärksten betroffen werden. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, bei der kommenden Wahl so zu handeln, daß unsere Sozialversicherung vor dem Wollabbau bewahrt wird, sie muß in verstärkter Form im Staate wieder zur Geltung kommen. — Von einigen Kollegen der Versammlung wurden dann einige Beispiele angeführt aus anderen Gemeinden, in welchen Unorganisierte oder Kollegen, welche den Versammlungen nicht beizutreten, dadurch erhebliche Nachteile gehabt haben. Es versuchen nämlich noch immer untergeordnete Behörden, aus der Unwissenheit der Wohlfahrtsempfänger Geld für Steuern herauszuschlagen. In Einzelfällen haben sogar Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, weil sie von ihrer geringen Unterstützung Steuern nicht zahlen konnten, Geld auf ihr Eigentum geliehen, um dem Anstinnen der überreizigen Behördenvertreter nachzukommen. Die nötige Aufklärung in den Versammlungen verhindert manchen materiellen Schaden.

**Bücherschau**

Heraus aus der Wirtschaft! Der Techniker zur Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsgestaltung. Herausgeber: Verband Deutscher Techniker, Essen. Preis: 50 Reichspfennig.

Es ist bestimmt ein Buch, das in mehr als einer Beziehung neuartig und interessant ist. Die Berufsorganisation der deutschen Techniker nimmt Stellung zur Wirtschaftsnot. Das kann nur heißen, daß sich der soziale Techniker mit der technisch-wirtschaftlichen Problematik der heutigen Zeit auseinandersetzt. Neben der politischen Not ist es doch immer wieder die Beziehung Mensch zur Maschine, die sich in den Vordergrund drängt. Gerade zu dieser Frage nimmt das Buch offene, rückhaltlos deutliche, ja zum Teil überraschende Stellung. Diese Stellungnahme ist eingefügt in ein ausgezeichnetes Gesamtbild der heutigen Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte, bedeutungsvolle Einzelgebiete wie: Bodenwirtschaft, Energiewirtschaft, Raumwirtschaft und Export erfahren mit praktischen Vorschlägen durchdrachte kritische Beleuchtung. Keine Patentlösungen, dafür sorgfältig durchdachte Anregungen zeichnen diese Schrift aus. Ein besonderer Vorzug ist das reichhaltige Zahlenmaterial. Nicht nur den technisch interessierten Kreisen, diesen aber besonders, bringt das Buch eine Fülle des Nächstliegenden; überhaupt sollte es jeder „politische“ Mensch lesen.

**Sterbetafel**

Am 3. Juli starb unser treues Mitglied **Jacob Schulteis** aus Deesen. Er war stets ein eifriger Werber für unsere Sache. Verwaltungsstelle Koblenz.

Am 6. Juli starb unser Kollege der Maurer **Paul Albers**, O l i v a, im Alter von 65 Jahren an Magenleiden. Verwaltungsstelle Danzig.

Am 7. Juli starb unser lieber Kollege **Matthias Schulden** im Alter von 58 Jahren an Leberleiden. Verwaltungsstelle Essen.

Ehre ihrem Andenken!

Der neue Katalog der über 25 Jahre bestens eingeführten Berufs- und Sportkleiderfabrik Fröh Ulrich, Altona-E., ist erschienen. Er umfaßt auf rund 224 Seiten sämtliche von der Firma geführten Waren-gattungen, die durch über 600 Abbildungen veranschaulicht werden. Den größten Teil dieses in seiner Art vollkommenen Wertes nimmt natürlich die Berufskleidung mit dem jeweils entsprechenden Handwerkszeug ein. Allem voran gilt der Abteilung für Bauarbeiter besondere Aufmerksamkeit. Auch für den Privatbedarf enthält dieses Büchlein zum billigen, aber doch guten Einkauf nützliche Räte. Es ist auf alle Fälle äußerst angebracht, den guten Katalog (Nr. 13) als praktischen Ratgeber von der Firma Fröh Ulrich kostenlos abzufordern. Kn.

**Bauschule Technikum Lemgo**  
staatlich anerkannt von Lippe  
Architekten, Bauingenieure, Techniker  
Baumeister-Kurse  
Vorbereitung für die Meisterprüf. 2 Sem.

**Spezialfabrik für Berufs- und Sportkleidung**  
Wepa, Fab. t. Arbeitsanz. samtl. Berufe. Spez.: Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manch.-Anz. W. Fabr. Blm. N. 51 Brunnerstr. 78

**Maurer-Hosen**  
Dreidraht, ganz schwer 9,75 Zweidraht, schwer 6.—, Muster gratis und franco.  
Herbert Fritzsche Niederoderwitz 1. Sa.

**Majorville**  
9cm lang **Majorville** **Majorville** **Majorville**  
HAYANA QUALITÄT **Majorville** **Majorville** **Majorville**  
zu 2 1/2 Pfg.  
Singer **Majorville** **Majorville** **Majorville**  
H. BRAUN-ZIGAREN-FABRIK  
BRUCHSAL-FORST  
VERSAND PER NACHNAHME  
RÜCKSENDUNG u. UMTAUSCH GESTATET

**Mir bitten unsere Leser, in erster Linie unsere Inferenten zu berücksichtigen**

**Radikaler Preisabbau!**  
Andere reden **Wir beweisen**  
durch unseren neuen Katalog, zusammengestellt von **Sigard Gesellschaft Kassel 51**

Möbel-Kammerling  
N. Kastanien-Allee 56 (Ecke Fehrbellenerstr.)  
Speiser, Schlutz, Herrenz., Küchen, Pelzschm., Großlag., z. Kleinpreis. Verlieh. gew. Mch. u. Pr.